

ANTWORTEN
von
Heide Rühle
(KV Böblingen)



Der Fragenkatalog, auf den sich die Antworten beziehen, ist nachzulesen unter <http://www.gjbw.de/index.php?id=2028>

1. Der Kampf um die innere Reform der EU geht weiter. Ohne Vertiefung, ohne Reform der EU wird die Erweiterung ins Stocken kommen. Bei allen Unzulänglichkeiten brauchen wir den Reformvertrag um die EU demokratisch zu gestalten, die Rechte der Bürgerinnen und Bürger zu stärken (Bürgerbegehren), die parlamentarischen Rechte des Europaparlamentes zu stärken, das Handeln der Exekutive auf europäischer Ebene transparenter zu machen, Regierungsvertreter durch die Pflicht bei Gesetzgebungsakten öffentlich zu tagen stärker in Verantwortung zu nehmen.
Allerdings müssen wir auch zur Kenntnis nehmen, dass das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die EU nach gelassen hat, sie fühlen sich schlecht informiert und sehen keine Einflussmöglichkeiten, darauf muss die europäische Politik reagieren....
2. Nicht die Frage der Kompetenzen ist entscheidend, das ist viel zu technisch gedacht, die zentrale Aufgabe der nächsten Jahre ist eine neue Austarierung von Markt, Staat und Gesellschaft auf europäischer Ebene. Die EU muss sich einer sozialen und ökologischen Marktwirtschaft verpflichten, die Dominanz des Wettbewerbsrechtes muss zugunsten eines Gleichgewichtes von Wettbewerbsrecht, sozialen, ökologischen und demokratischen Rechten aufgebrochen werden. Die Daseinsvorsorge durch eine Rahmenrichtlinie vom reinen Wettbewerbsrecht frei gestellt und die kommunale Selbstverwaltung von der EU anerkannt werden.
3. Europa der Bürgerinnen und Bürger – nicht der Regierungen
4. Stärkung der direkten und indirekten Demokratie gegenüber den Exekutiven, die in der EU noch immer dominieren.
5. Ich halte nichts von Wahlversprechen, glaube auch nicht dass die Grünen damit einen erfolgreichen Wahlkampf bestreiten können, mir kommt es vor allem darauf an aufzuzeigen, wo die EU tatsächlich den Bürgerinnen und Bürgern etwas bringt:

Zum Beispiel in der Umweltpolitik – AbfallrahmenRL, WasserrahmenRL, UmgebungslärmRL, FeinstaubRL haben sich zum Ziel gesetzt in ganz Europa die ökologischen Rahmenbedingungen zu verbessern und den Menschen ein gesünderes Leben zu ermöglichen – zwar lässt die Umsetzung in Deutschland z.T. zu wünschen übrig, das ist aber nicht der EU anzulasten, sondern der deutschen Verwaltung.

Auch in der Gleichstellungspolitik kommen die meisten Anstöße aus Europa – ohne die EU würde sich hier fast nichts mehr bewegen, - fragt mal eure örtliche Gleichstellungsbeauftragte.

Verbraucherschutz muss im Binnenmarkt europäisch gestaltet werden, von den Lebensmitteln, über die Spielzeuge, Elektroartikel, Kosmetika... Lückenlosen Schutz gibt es nur durch Regelungen auf der EU Ebene...